

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 3

Artikel: Wirtschaftspolitik : handeln bevor es zu spät ist : der Kapitalismus frisst seine eigenen Kinder auf
Autor: Winkler, Ruedi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339975>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Ankunft von Jennys lieben Schreiben abgefasst, und so habe ich unbewusst vielleicht zuviel von Sachen geschrieben, die nicht ganz oder gar sehr wenig passend sind.

In der Hoffnung, dass nach und nach die Wolken sich verziehen, die um unsere Familie sich lagern, dass es mir selbst vergönnt sei, mit Euch zu leiden und zu weinen und vielleicht in Eurer Nähe den tiefen, innigen Anteil, die unermessliche Liebe zu beweisen, die ich oft so schlecht nur auszudrücken ver-

mag, in der Hoffnung, dass auch Du, teurer ewig geliebter Vater, die vielfach hin und her geworfene Gestaltung meines Gemüts erwägend, verzeihst, wo oft das Herz geirrt zu haben scheint, während der kämpfende Geist es übertäubte, dass Du bald wieder ganz völlig hergestellt werdest, so dass ich selbst Dich an mein Herz pressen und mich ganz aussprechen kann

Dein Dich ewig liebender Sohn

Karl.

tet, findet zur Zeit kein Echo. Offensichtlich wird vergessen, dass erstens das bisherige planlose Mitschwimmen im internationalen Wachstumsstrom konsequenterweise auch das Mitstürzen in die internationale Krise beinhaltet, und zweitens einige qualitative Veränderungen die Rechtfertigung «Was früher nicht nötig war, braucht es auch jetzt nicht zu sein» noch verantwortungsloser erscheinen lässt, als sie es schon immer war. Dass sich gegen eine vermehrte und konsequentere Ausrichtung der wirtschaftlichen Massnahmen auf das Gesamtinteresse vor allem jene wenden, die beim jetzigen «laissez-faire» profitierten und sich wenig um volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen kümmerten, liegt auf der Hand. Entsprechend versuchen sie auch, die Fehlentwicklungen dem Staat und seinen sozialen Einrichtungen in die Schuhe zu schieben. Verantwortungslos ist dabei vor allem, dass *nicht eine bessere Wirtschaftspolitik, sondern möglichst gar keine gefordert wird*. Wo wurden denn je komplexere und schwierigere Probleme dadurch gelöst, dass man sich ihrer einfach nicht annahm?

Es gibt nach meiner Ansicht vor allem drei Bereiche, bei denen deutlich wird, warum die Wirtschaftspolitik vermehrt koordinierend und lenkend eingreifen muss.

1. Autarke Räume sind sehr klein geworden

In unserem hochindustrialisierten Land mit einem grossen Dienstleistungssektor ist jener Teil, in dem sich einzelne selbst versorgen (z.B. Nahrungsmittelproduktion, Kleiderherstellung, Kranken- und Altersbetreuung) sehr klein geworden. Entsprechend ist die Abhängigkeit von äusseren Einflüssen,

Wirtschaftspolitik: Handeln bevor es zu spät ist

Der Kapitalismus frisst seine eigenen Kinder auf

Von Ruedi Winkler

Mit der annähernden Verdoppelung der Zahl der Ganzarbeitslosen in der Schweiz von 12'337 Ende August auf 23'579 bis Ende Dezember 1982 und dem Anstieg der Zahl der Kurzarbeitenden von 28'509 auf 61'983 in der gleichen Zeit ist die Illusion, die Schweiz könne sich der seit einiger Zeit sich abzeichnenden internationalen Krise entziehen, selbst bei professionellen Optimisten gesunken.

Bekanntestes Beispiel: Der gleiche Bundesrat, der in der Wirtschaftsdebatte im Herbst 82 in den eidgenössischen Räten noch die Meinung vertrat, es drängten sich keine Sondermassnahmen auf, kündigte im Dezember ein Arbeitsbeschaffungsprogramm an. Ebenso ist der Ruf nach einer Verbesserung (d.h. Beiträge des Bundes) der Exportrisikogarantie laut und vernehmlich ertönt. Eine

vom Volkswirtschaftsdepartement eingesetzte Arbeitsgruppe schlägt in einem Bericht eine Innovationsrisikoversicherung vor (mit Beiträgen des Bundes).

Genügen Feuerwehrrübungen?

Diese Beispiele weisen auf den Charakter der schweizerischen Wirtschaftspolitik hin. Sie reagiert meist, wenn Unerwünschtes bereits eingetroffen ist, sie wird nur partiell tätig, und es gibt keinen verbindlichen Orientierungsrahmen, in dem die längerfristigen wirtschaftlichen Ziele festgelegt und auf den auch die kurzfristigen Massnahmen ausgerichtet werden könnten. Wer für die Schweiz ein Wirtschaftskonzept, entsprechend etwa dem Gesamtenergie- oder dem Gesamtverkehrskonzept mit anschliessender rollender Planung für die wichtigsten volkswirtschaftlichen Grössen befürwor-

die der einzelne nicht direkt beeinflussen kann, gestiegen. In einer Demokratie muss die Konsequenz einer solchen Entwicklung ein stärkerer Miteinbezug und verstärkte Mitbestimmung der Bürger bei der Gestaltung des Ganzen sein. Da die Wirtschaft ein ganz zentraler Bereich darstellt, trifft dies für sie ganz besonders zu.

2. Arbeitsteilung und Technik

Es liegt auf der Hand, dass eine sinnvolle Arbeitsteilung in einem überblickbaren Arbeitsbereich auch bei den Betroffenen auf Zustimmung stösst. Arbeitsteilung zwischen Menschen, denen Maschinen zur Erleichterung der Arbeit und Erhöhung der Leistung zur Verfügung stehen, ist an sich zu befürworten. Die Verhältnisse ändern sich dann grundlegend, wenn die Arbeitsteilung zwischen den Maschinen vorgenommen wird, denen Menschen zur Verfügung zu stehen haben (Überwachen, notfalls Eingreifen), die den gesamten Arbeitsablauf nicht mehr überblicken können. Hier wird nur noch ein äusserst minimaler Teil der menschlichen Fähigkeiten beansprucht, dieser Teil dann aber bis zum äussersten. Bei einer solchen, gegen die Extreme gehenden Entwicklung muss gewählt werden können, ob und in welche Richtung ein weiterer Schritt getan werden soll.

3. Internationale Arbeitsteilung und Freihandel

Unbestritten ist, dass in einer Phase, in der die meisten Nationalstaaten über eine fast autarke Wirtschaft verfügten, die Aufnahme von Handelsbeziehungen unter den Ländern zu einem ganz beträchtlichen Wohlstandszuwachs führte. Aber es stellt sich die Frage, von welchem Punkt an der

Schaden der internationalen Arbeitsteilung ihren Nutzen übersteigt. Wie sinnvoll ist es, wenn billige, ausgebeutete Arbeitskräfte in von Europäern finanzierten Fabriken im Fernen Osten für die Arbeitslosen in Europa die Kleider herstellen. Wie sinnvoll ist es zum Beispiel, wenn Japan mit zu über 98% importiertem Eisen und zu 86% importierter Energie einen immer grösseren Teil der Autos für die Amerikaner und Europäer herstellt und dafür die etwas weniger produktiven Anlagen in den USA und Europa lahmgelegt und zum Teil ganze Städte an den Rand des Ruins getrieben werden. In einer Abwandlung eines bekannten Wortes könnte man sagen: Die kapitalistische Marktwirtschaft beginnt ihre eigenen Kinder zu fressen.

«Über-die-Verhältnisse-Leben»

Deutlicher als alles andere, dass die Art, wie weltweit versucht wird, mit wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, nicht funktionieren kann, zeigt die internationale Entwicklung. Parallel zu Klagen über stagnierenden Konsum und mangelnde Investitionsbereitschaft der Unternehmen entstanden riesige Überkapazitäten an Produktionsanlagen (z.B. genügen die Produktionsanlagen der Japaner für die Herstellung von 16 Mio. Videogeräten, während weltweit Absatz für höchstens 10 Mio. vorhanden ist.).

Im Bereich der Maschinen- und Stahlindustrie sieht es ähnlich aus, und die internationale Verschuldung nahm und nimmt weiter alarmierende Ausmasse an.

Während weltweit an Rohstoffen und Energie mehr verbraucht wird als langfristig zur Verfügung steht, und die Umwelt in einem unhaltbaren Ausmass belastet wird, polarisiert

sich das Verhältnis zwischen reich und arm in und zwischen den Ländern, und das internationale Kreditkarrussell dreht ungerührt weiter.

Probleme mit den Mitteln lösen, die sie verursacht haben?

Mit dieser kurzen Skizze ist nichts grundsätzlich Neues gesagt. Vielleicht unterschiedlich gewichtet, oder nicht im Zusammenhang miteinander gebracht, tauchen diese Probleme immer wieder auf. Erstaunlich, aber auch aufschlussreich, ist dagegen die Tatsache, dass, obwohl die Probleme scheinbar erkannt sind, als Lösung gerade jene Mittel angeboten werden, die sie verursacht haben. Dazu zwei Beispiele:

1. Wenn heute ein in finanzielle Schwierigkeiten geratenes Land den Internationalen Währungsfonds um Hilfe angeht, dann ist eine Bedingung zur Hilfe, die Abwertung der Währung zur Förderung der Exporte und die Öffnung der Grenzen für den internationalen Handel. Und dies obwohl ja die Verschuldung gerade dadurch entstanden ist, dass das Land im Verkehr mit den andern den kürzeren gezogen hat. Wenn die Unterschiede zu gross sind, führt der «rauhe Wind der internationalen Konkurrenz» nicht zur Gesundung, sondern zur Zerstörung.

2. Obwohl die Arbeitslosenzahlen in den industrialisierten Ländern unaufhaltsam steigen, und in diesen Ländern von einem Mangel an Gütern keine Rede sein kann, wird von Unternehmen und Regierungen immer noch die Rationalisierung und die Belegung der Investitionen als Heilmittel gepriesen, obwohl gerade diese zu mehr Gütern und weniger benötigten Arbeitskräften führen.

Verantwortlich für das Ganze ist die Politik

Wie man auch die Probleme wertet und gewichtet, eines steht fest: Sie können nicht mit der Perfektionierung jener Mechanismen gelöst werden, die sie verursacht haben. Das ist das eine. Es kommt aber noch ein zweites dazu: Wie zu Beginn angedeutet, kann sich die Qualität der Auswirkungen bestimmter Mechanismen je nach Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ändern. Rationalisierungsmassnahmen zur Sicherstellung einer genügenden Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Gütern sind sehr sinnvoll und nützlich. Sie können aber dann sinnlos und zerstörerisch werden, wenn sie nur noch zur Verschärfung von vorhandenen Problemen (z.B. Arbeitslosigkeit, Verstümmelung der Arbeit) und zu einer Ausscheidungsschlacht zwischen Ländern führen. Freihandel wird dann zerstörerisch, wenn er zu einem «Branchen- und Berufssterben» führt und damit in den betroffenen Ländern eine Vielzahl von Talenten brach und unbefriedigt liegen lässt und zu einer einseitigen Berufs- und Beanspruchungsstruktur ganzer Völker führt.

Eines ist allerdings zu berücksichtigen: Das einzelne Unternehmen hat kaum eine Wahl. Will es überleben, muss es mit diesen Zwängen fertigwerden. *Lösungen müssen von der Wirtschaftspolitik kommen.* Insbesondere auch darum, weil rein ökonomisch viele Massnahmen auch dann noch interessant sind, wenn die volkswirtschaftlichen und sozialen Kosten (z.B. Umweltschäden, Arbeitsleid) schon beträchtlich steigen.

Zeitlich verschobene Präsentation der Rechnung

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts und das Ausmass

der Exporte werden jedes Jahr fein säuberlich ausgewiesen. Die Rechnungen im gesellschaftlichen und im Umweltbereich werden dagegen schubweise und verzögert präsentiert und offensichtlich oft auch dann noch nicht verstanden.

Dieser zeitlich verschobene Kosten/Ertragsanfall — materiell noch interessant, für Umwelt und Gesellschaft bereits zerstörerisch — macht es politisch äusserst schwierig, früh genug Gegenmassnahmen zu ergreifen, da sie ja «der Wirtschaft schaden» und kurzfristig sogar Arbeitsplätze kosten können.

Weg von kurzfristigen und partiellen Massnahmen

Deshalb wird eine längerfristig angelegte Rahmenplanung immer dringender. Die problematische Wirkung von Einzelmassnahmen kann anhand der *Exportrisikogarantie* und der *Arbeitszeitverkürzung* gezeigt werden. Mit der Feststellung, dass Exporte Arbeitsplätze sichern, wird die Exportrisikogarantie fast unanfechtbar gemacht. Aber brauchen wir diese Exporte wirklich? Würde man — wenn schon protektionistische Massnahmen ergriffen werden — nicht besser gefährdete Branchen schützen? Man müsste zumindest einmal darüber diskutieren, wieviel und welche Arbeitsplätze erhalten werden sollen und welchen Preis man dafür zu zahlen bereit ist.

Das zweite Beispiel ist die *Arbeitszeitverkürzung*. Es ist ein offenes Geheimnis, dass eine Arbeitszeitverkürzung unter den heutigen Verhältnissen zu einer Beschleunigung der Rationalisierung führen würde und damit jene Branchen bevorteilte, die relativ einfach rationalisieren können. Arbeitszeitverkürzung ohne Einbettung in eine umfassende Rahmenplanung birgt Gefahren in sich.

Was muss eine Rahmenplanung beinhalten?

Von den wichtigsten volkswirtschaftlichen Grössen sind die einzelnen in unterschiedlichem Ausmass beeinflussbar. Während vorhandene oder nicht vorhandene Rohstoffe vorgegeben sind, ist der Grad der Beeinflussungsmöglichkeit auf die Anzahl Erwerbstätige, den Ausbildungsstand, den Zustand der Umwelt, die Infrastruktur, die Anteile der drei Sektoren (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen), die Höhe der Investitionen, des Konsums, der Exporte und Importe ganz unterschiedlich. Bei der Festsetzung der Ziele muss dies berücksichtigt werden.

Grundkonsens als Voraussetzung

Bevor diese Grössen aufeinander abgestimmt bzw. bevor für sie Ziele festgelegt werden können, muss ein Grundkonsens erlangt werden, in welche Richtung sich die gesamte Volkswirtschaft und Gesellschaft entwickeln soll. Wem dieser Meinungsbildungsprozess zu mühsam oder zu langwierig erscheint, sollte zwei Dinge bedenken:

1. Weicht die Entwicklung in einer Volkswirtschaft zu weit von den Vorstellungen eines Grossteils der Bevölkerung ab, so kommt die Rückmeldung unweigerlich, sei dies nun in mit Krisen verbundenen sogenannten Umstrukturierungsprozessen, sei dies in Form von Flucht in Krankheit und Drogen oder anderen Formen der Verweigerung, oder sei dies durch Protest. Dass ein aktiver, demokratischer Meinungsbildungsprozess allen diesen Formen der Rückmeldung vorzuziehen ist, wird kaum jemand bestreiten wollen.

2. Immerhin kennen wir in der Schweiz bereits Ansätze für ei-

ne solche Art der Meinungsbildung: das Vernehmlassungsverfahren. Ein Ausbau und insbesondere der *Miteinbezug auch kleinerer Gruppen*, sollte auf keine grossen Hinernisse stossen.

Was bei der Geldmenge möglich ist, ist auch bei andern volkswirtschaftlichen Grössen möglich

Bei der Festlegung von Zielen für Grössen wie Investitionen, Konsum, Importe, Exporte kann man im Prinzip anknüpfen an die Praxis der Notenbank bei der Geldpolitik. Genau wie das Geldmengenziel als Rahmengrösse bekannt gegeben wird, so braucht es auch für die anderen wichtigen volkswirtschaftlichen Grössen Ziele, die gesamthaft anzustreben sind, und genau so, wie die Notenbank Instrumente (z.B. Diskont-Lombardpolitik, Mindestreserven, Kreditrestriktionen, Emissionskontrolle) hat, um ihr Ziel zu verwirklichen, genauso braucht der Bund Instrumente, um die Ziele seiner Wirtschaftspolitik zu erreichen. Denn wenn es einleuchtend ist, die Geldpolitik nicht den Geschäftsbanken zu überlassen, dann ist es genau so einleuchtend, die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und das Schicksal der Umwelt nicht weitgehend den Unternehmen zu überlassen.

Die Idee eines verbindlichen Rahmenplanes unterscheidet sich grundlegend von einer Planwirtschaft. In einem Rahmenplan sind wohl verbindliche Richtwerte festgelegt, aber nicht für das einzelne Unternehmen, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. Innerhalb dieses Rahmens haben die Unternehmen einen grossen Spielraum. *Gebote und Verbote werden erst wirksam, wenn die Gefahr eines Überschreitens*

der Richtwerte droht. Damit es möglichst nicht so weit kommt, würde mit Anreizen (Steuererleichterungen, günstigen Krediten, Starthilfen usw.) oder mit Auflagen zu lenken versucht. Wenn die Ziele bekannt sind, kann die Lenkung früh genug, und entsprechend fein dosiert, erfolgen, im Gegensatz zu heute, wo erst eingegriffen werden kann, wenn es zu spät ist.

Keine bequeme Patentlösung

Zum Schluss muss gesagt werden: Die Verwirklichung einer demokratischen Rahmenplanung in der skizzierten Art ist keine bequeme Patentlösung. Sie ist anspruchsvoll, erfordert Engagement und die Bereitschaft aller Bürger, über die zu lösenden Fragen nachzudenken

und sich eine Meinung zu bilden. Auf der andern Seite rüttelt sie an den heutigen Machtverhältnissen und würde von den heute Bestimmenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verlangen, dass sie die Meinung der Bevölkerung ernst nehmen müssten.

Eine realistische Einschätzung der Lage und Aussichten muss davon ausgehen, dass in Zukunft sehr viel an in der Vergangenheit Eingebrocktem ausgefressen werden muss. Zudem sind die Zeiten des «Konsenses des wachsenden Kuchens» vorbei. Wenn wir jetzt nicht erreichen, dass die möglichen Weichen noch richtig gestellt werden, werden die Folgen gerade jene vor allem tragen müssen, die Gewerkschaften und Sozialdemokraten zu vertreten glauben.

Beschäftigungspolitik zwischen Sackgasse und Ausweichpfaden

Der Ruf nach dem Staat

Von Rudolf H. Strahm

Ist die für 1983 geplante Arbeitsbeschaffungspolitik des Bundes ein Motor für die Wirtschaft, oder ist sie ein Alibi fürs Nichtstun? Was werden die Beschäftigungsmassnahmen bewirken? In welcher Richtung werden sich die Wirtschaftsimpulse des Bundes auswirken: Hinein in die Sackgasse oder hinaus zu Ausweichpfaden? Solche Fragen und Überlegungen stellen sich bei der Unterstützung dieser Beschäftigungsmassnahmen.

In der Frühjahrs- und Sommersession wird sich das Parlament mit den Wirtschaftsprogrammen befassen, die unter den vielversprechenden Titeln

«Massnahmen zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft» und «Verbesserung der Rahmenbedingungen» laufen.

Kurzfristig ist es durchaus als ein Erfolg zu bezeichnen, dass der Bundesrat nun zum Handeln bereit ist. Seit der Herbstsession 1982, in deren Debatte sich der Bürgerblock gegenüber Beschäftigungsmassnahmen noch sehr ablehnend gestellt und sich auf die Leerformel «Verbesserung der Rahmenbedingungen» zurückgezogen hatte, hat ein Meinungsumschwung zugunsten einer aktiveren Politik stattgefunden. Was die längerfristige Auswirkung betrifft, müssen wir uns indes auch die Frage stellen, ob